



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
20. Sitzung des Ausschusses für Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 13.05.2025	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	20:27 Uhr	
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Michelle Akyurt - CDU		
Dr. med. Dipl.-Phys. Carsten Grohmann - CDU		
Andreas Müller - LINKE & GAL Fraktionsvorsitzender		
Helmut Müller-Lornsen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Mandy Siegenbrink - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzende		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Burghard Speckmann - SPD		Vertretung für: Frau Sandra Odendahl
Tobias Preß - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		Vertretung für: Frau Judith Balke
Wolfgang Baasch - SPD		
Katrin Funk - Die Fraktion		
Gabriele Gröschl-Bahr - SPD		
Delf Kröger - CDU		
Max Manegold - FDP		
Volker Nehrhoff - CDU		Vertretung für: Frau Nil Gersdorf - VORSITZ-
Beiratsmitglieder		
Manfred Bergmann - Beirat für Senior:innen		
Christian Rettberg - Beirat für Menschen mit Behinderungen		
Verwaltung		
Daniel Blank - FBC FB 2		
Bianca Hartfuß - 2.000.1 Stabsstelle Sonderaufgaben		
Beate Herrmann - 2.502 Personalrat SIE		
Sabine Klawitter - Personalrat SIE		
FB 2 Personalrat - Personalrat		bis TOP 17:40 Uhr , TOP 4.3
Daniela Rummert - 2.000.2 Stabsstelle Integration		nur öffentlichen Teil

Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Gert Wadehn - SeniorInnen-Einrichtungen	
Matthias Schröder - SeniorInnen-Einrichtungen	
Julia Nowack - 2.500 - Soziale Sicherung	nur öffentlichen Teil
Dr. Julia Schiffner - 2.503 Gesundheitsamt	bis TOP 17:40 Uhr ; TOP 4.3
Petra Schmittner - 1.160 Frauenbüro	bis 17:40 Uhr: TOP 4.3
Rasmus von Zamory - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	bis 17:40 Uhr; TOP 4.3
Dr. Alexander Mischnik - 2.530 Gesundheitsamt	bis TOP 17:40 Uhr ; TOP 4.3
Protokollführung	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
Gäste	
Birk - HU Beratungsstelle	bis 17:40 Uhr; TOP 4.3
Aydin Candan - Forum für Migranten	nur öffentlichen Teil
Eissing - Caritas Lübeck	bis 17:40 Uhr; TOP 4.3
Hartmann - pro familia Lübeck	bis 17:40 Uhr; TOP 4.3
Ispas - Gemeindediakonie Lübeck e.v.	bis 17:40 Uhr ; TOP 4.3
Jaana Meyer - KWL Lübeck	
Anne Potthoff - pro familia Lübeck	bis 17:40 Uhr; TOP 4.3
Schulz von Thun - HU Beratungsstelle	bis 17:40 Uhr; TOP 4.3
Volz - Donum Vitae	bis 17:40 Uhr; TOP 4.3
Kathleen Weilemann - Caritas Lübeck	bis 17.40 Uhr; TOP 4.3
Entschuldigte Mitglieder	
Vorsitz	
Renate Prüß - SPD	- entschuldigt -
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Sandra Odendahl - SPD	- entschuldigt -
Judith Balke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	- entschuldigt -
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Nil Gersdorf - CDU	- entschuldigt -
Annemarie Pirk - AfD	- entschuldigt -
Beiratsmitglieder	
Dr. Renate Schleker - Beirat für Senior:innen	- entschuldigt -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.03.2025	
2.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.04.2025	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Aktuelle Informationen aus dem Bereich Soziale Sicherung	
3.2	Antwort zum Antrag des Ausschusses für Soziales am 01.04.2025 AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, AM Michelle Akyurt (CDU), AM Max Manegold (FDP): Kampagne psychische Gesundheit	VO/2025/14119-02
3.3	NEU: Anfrage AM Müller: Sachstand zum Medi-Büro	
3.4	NEU: Anfrage AM Müller: Brief der Initiative Inklusion	
4	Berichte	
4.1	Bericht Schwangerenberatungen	
4.2	Vorstellung der Jobcenter-APP	
4.3	Wohnungsmarktbericht 2024	VO/2025/14175
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Fortschreibung der Konzeption 2030 der städtischen Senior:InnenEinrichtungen (SIE); Darstellung eines Gesamtfiananzierungskonzepts	VO/2025/14031
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	BM Tim Stüttgen: Änderungsantrag zu - AT: Abriss-Moratorium	2024/13741-01-03
6.2	BM Tim Stüttgen (Unabhängige Volt-PARTEI) AT: Abriss-Moratorium	VO/2024/13741-01
6.3	AfD: Umsetzung §5 Asylbewerberleistungsgesetz und §16d Sozialgesetzbuch	VO/2025/14116
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	Antrag Beirat für Senior:innen - AT Runder Tisch "Alternati-	VO/2025/14143-01

	ve Wohnformen für Senior:innen"	
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Herr Nehrhoff als jahrgangsaltestes Mitglied des Ausschusses leitet die Sitzung, da sowohl die Vorsitzende als auch die stellv. Vorsitzende erkrankt abwesend sind.

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden insbesondere Frau Meyer von der KWL und die Vertreterinnen der Schwangerschaftsberatungsstellen und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Er informiert den Ausschuss, dass die Bahnhoßmission eingeladen wurde, aber leider terminlich verhindert ist. Die erneute Einladung erfolgte bereits zur Sitzung im Juni.

Der Vorsitzende schlägt vor, die TOP 6.1 und TOP 6.1.1 zusammen zu beraten.

Der Ausschuss beschließt einstimmig.

Im Anschluss lässt der Vorsitzende über die Zuordnung des TOP 10 bis 14 en bloc zum nichtöffentlichen Teil abstimmen. Der Ausschuss beschließt einstimmig die Zuordnung.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Teilnahme von Frau Timmermann, Frau Hartfuß, Herrn Wadehn, Herrn Blank, Frau Meyer und Herrn Schröder im nichtöffentlichen Teil.

Der Vorsitzende lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen. Der Ausschuss beschließt die geänderte Tagesordnung einstimmig.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.03.2025

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Der Vorsitzende lässt über die Niederschrift abstimmen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.04.2025

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Der Vorsitzende lässt über die Niederschrift abstimmen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 3 **Anfragen / Antworten / Mitteilungen**

zu 3.1 **Aktuelle Informationen aus dem Bereich Soziale Sicherung**

Frau Senatorin Steinrücke erklärt, dass es keine neuen Sachstände zu berichten gibt. Sowohl beim Wohngeld und auch bei der Grundsicherung werden die Themen wie bereits dargestellt abgearbeitet.

Sie berichtet weiter, dass das Konzept zum Housing First vorliegt und man zuversichtlich ist, zum 01.06.2025 zu starten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.2 **Antwort zum Antrag des Ausschusses für Soziales am 01.04.2025 AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, AM Michelle Akyurt (CDU), AM Max Manegold (FDP): Kampagne psychische Gesundheit Vorlage: VO/2025/14119-02**

Hierzu sprechen Herr Müller-Lornsen sowie Frau Akyurt, die sich erkundigen, wie die Veranstaltung beworben wird.

Herr Dr. Mischnik stellt hierzu die Ideen der Verwaltung vor.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit lokalen Institutionen und Organisationen im Rahmen der Woche der seelischen Gesundheit im Lübecker Rathaus in der Zeit vom 10.- 20. Oktober 2025 einen Tag der psychischen Gesundheit zu organisieren.
2. Ziel der Veranstaltung ist es, die Bürgerinnen und Bürger über Hilfs- und Informationsangebote im Bereich der psychischen Gesundheit zu informieren und das Bewusstsein für dieses wichtige Thema zu schärfen.
3. Die Veranstaltung soll kostenneutral und mit minimalem Verwaltungsaufwand durchgeführt werden.

Begründung:

Die psychische Gesundheit ist ein zentraler Aspekt des allgemeinen Wohlbefindens und der Lebensqualität. Viele Menschen leiden unter psychischen Belastungen, scheuen sich jedoch oft, Hilfe in Anspruch zu nehmen oder wissen nicht, an wen sie sich wenden können.

Der "Tag der psychischen Gesundheit" im Rathaus soll:

- a) Eine Plattform für lokale Institutionen und Organisationen bieten, ihre Hilfsangebote vorzustellen.
- b) Niedrigschwellige Informationen und Beratung für Bürgerinnen und Bürger anbieten.

c) Zur Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen beitragen.

d) Die Vernetzung zwischen verschiedenen Akteuren im Bereich der psychischen Gesundheit fördern.

Um den Verwaltungsaufwand gering zu halten, sollen die teilnehmenden Organisationen weitgehend selbstständig für ihre Präsentation verantwortlich sein. Die Rolle der Stadt beschränkt sich auf die Bereitstellung des Raumes und die grundlegende Koordination.

Die Veranstaltung soll vorzugsweise im Rahmen der bundesweiten Woche der Seelischen Gesundheit im Oktober 2025 stattfinden.

Durch die Nutzung des Rathauses als zentralen und bekannten Ort in Lübeck wird die Sichtbarkeit und Erreichbarkeit der Veranstaltung erhöht.

Diese Initiative trägt dazu bei, Lübeck als eine Stadt zu positionieren, die sich aktiv für die psychische Gesundheit ihrer Bürgerinnen und Bürger einsetzt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.3 NEU: Anfrage AM Müller: Sachstand zum Medi-Büro

Herr Müller erfragt den Sachstand in Sachen Medi-Büro.

Frau Senatorin Steinrücke wird die Information nachliefern.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Anmerkung der Verwaltung: Die Auszahlung steht unmittelbar bevor.

zu 3.4 NEU: Anfrage AM Müller: Brief der Initiative Inklusion

Herr Müller verweist auf einen Brief der Initiative Inklusion, dass die nichtbehinderten Eltern von behinderten Kindern und Jugendlichen ein Wahlrecht für den Beirat für Menschen mit Behinderung für sich beanspruchen.

Frau Senatorin Steinrücke bestätigt, dass dieser Brief auch der Verwaltungsleitung kurz vor der Sitzung zugegangen ist und eine Klärung bis zur Sitzung des Hauptausschusses angestrebt wird.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4 Berichte

zu 4.1 Bericht Schwangerenberatungen

Frau Potthoff und Frau Schulz von Thun stellen anhand einer ppp die Arbeit und Herausforderungen der Schwangerenberatungen in Lübeck vor.

Die ppp wird der Niederschrift angehängt.

Hierzu sprechen Herr Baasch, Herr Müller, Herr Müller-Lornsen, Frau Siegenbrink und Frau Schmittner, die die Wichtigkeit hierzu noch einmal unterstreicht.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.2 Vorstellung der Jobcenter-APP

Herr Saar stellt die neue Jobcenter –App anhand einer Präsentation vor.

Hierzu sprechen Frau Gröschl-Bahr, Herr Speckmann, Herr Müller, Herr Müller-Lornsen, Herr Baasch und Frau Funk die kritisch anmerkt, dass über „Jobcenter digital“ nur Anträge mit vollständiger Eingabe abgesendet werden können.

Die Eingabemasken sind so starr, dass Lebens- und Arbeitssituationen, die außerhalb der „Norm“ sind, nicht eingegeben werden können und dann der gesamte Prozess scheitert. Man könne also dann nicht einfach weitermachen und etwas Unvollständiges abgeben.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.3 Wohnungsmarktbericht 2024 Vorlage: VO/2025/14175

Herr von Zamory stellt den Wohnungsmarktbericht 2024 vor.

Frau Akyurt hebt hervor, dass die Anzahl der sozialgeförderten Wohnungen zurückgeht und stellt in Frage, ob nun die vieldiskutierte Zweckentfremdungssatzung wirklich zielführend ist.

Sie erfragt, warum das Areal Volksfestplatz nicht weiterverfolgt wird und bittet dazu um eine Information bis zur Sitzung des Hauptausschusses.

Frau Siegenbrink erfragt, wann mit der Fertigstellung des Baulückenkatasters zur rechnen ist.

Herr von Zamory erklärt, dass dieses vorliegt und intern damit auch gearbeitet wird.

Weiter sprechen Herr Müller, Herr Kröger und Frau Senatorin Steinrücke, die erklärt, dass seitens der Sozialen Sicherung zu den Umständen im Bereich der sozialgeförderten Wohnungen noch eine Verwaltungsvorlage erarbeitet wird.

Der Wohnungsmarktbericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuss macht eine Pause von 17:40 Uhr bis 17:52 Uhr

Herr Dr. Mischnik, Frau Dr. Schiffner, die Vertreterinnen der Schwangerenberatungsstellen, der Personalrat FB 2 sowie das Frauenbüro verlassen die Sitzung.

Beschluss:

Der Wohnungsmarktbericht wird turnusmäßig alle zwei Jahre herausgebracht und dient als Entscheidungshilfe für die zukünftige Wohnbauentwicklung in der Hansestadt Lübeck. Der Bericht stellt die Entwicklung der wesentlichen Indikatoren der Angebots- und Nachfrageseite des Wohnungsmarktes dar. Zudem zeigt der Bericht die wesentlichen Wohnbauflächenpotenziale in der Hansestadt Lübeck auf und zieht eine Bilanz mit den prognostizierten Bedarfen. Dieses Jahr wird der Bericht bereits zum achten Mal veröffentlicht.

In den vorliegenden Wohnungsmarktbericht konnten erstmals die Daten aus dem Zensus 2022 einfließen. Die Veröffentlichung des Wohnungsmarktberichtes hat sich ein wenig verzögert, da die Ergebnisse der neuen Bevölkerungs- und Haushaltsprognose 2025 bis 2045 der Statistikstelle der Hansestadt, die im März 2025 veröffentlicht wurden, in den Bericht aufgenommen werden sollten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Fortschreibung der Konzeption 2030 der städtischen Senior:InnenEinrichtungen (SIE); Darstellung eines Gesamtfinanzierungskonzepts Vorlage: VO/2025/14031

Frau Senatorin Steinrücke führt in das Thema ein und bittet zur Kenntnis zu nehmen, dass das Auslaufen des Mietvertrages am Standort Solmitzstraße in dieser Absolutheit nicht so stehen bleiben kann.

Es handele sich hierbei um einen Bearbeitungsstand, der nicht korrigiert worden sei. Ausgehend von der 20%-Prämisse und der Annahme, dass Eigentum vor Miete gehe, sei der Standort zu betrachten, wenn der Mietvertrag auslaufe.

Ein Standort in Kücknitz ist aus städtischer Sicht unbedingt erhaltenswert und hier wird zu gegebener Zeit der Mietvertrag geprüft werden.

Frau Hartfuß berichtet und stellt die Vorlage anhand der ppp vor.

Es schließt sich eine rege Debatte an und es werden umfangreiche Verständnisfragen gestellt und beantwortet.

Hierzu sprechen Frau Siegenbrink, Frau Gröschl-Bahr, Herr Müller, Herr Baasch, Herr Kröger, Herr Manegold sowie Frau Akyurt, die einen gemeinschaftlichen Antrag der Fraktionen CDU, FDP sowie Bündnis 90/Die Grünen umverteilt und bei der Geschäftsführung des Ausschusses schriftlich einreicht.

Herr Speckmann verlässt um 19.00 Uhr die Sitzung.

Der Vorsitzende lässt über den folgenden gemeinschaftlichen Antrag abstimmen:

„Antrag von CDU, FDP und Bündnis 90/ Die Grünen zu TOP 5.1 Vorlage VO 2025/14031

Die Senatorin wird gebeten,

zur Angabe zur Refinanzierung der Neubauten (Seite 11)

„Die Refinanzierung der Neubauten erfolgt über den Investkostenanteil, welcher wie bisher auch durch die Bewohnenden zu tragen ist: es handelt sich also nicht um Investitionen, die in Konkurrenz zu aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Vorhaben (Investitionsliste) stehen.“

eine schriftliche Einschätzung der Kommunalaufsicht einzuholen und dem Ausschuss vorzulegen. Der Kommunalaufsicht ist bei der Einholung der Stellungnahme dieser Antragstext nebst Begründung mit vorzulegen.

Begründung:

Im Genehmigungserlass der Kommunalaufsicht des Wirtschaftsplans für das Wirtschaftsjahr 2024 der Senioreneinrichtungen vom 25. März 2024 (Vorlagennummer einfügen) ist aufgeführt:

„Die Senior:Innen Einrichtungen der Hansestadt Lübeck stehen vor großen Herausforderungen, die im Rahmen der „Konzeption 2030“ angegangen und bewältigt werden sollen. Viele der sich neu im Eigentum der Senior:Innen Einrichtungen befindlichen Gebäude bedürfen der Sanierung oder sollen durch Neubauten ersetzt bzw. ergänzt werden. Hierfür wurden Verpflichtungsermächtigungen in den Vermögensplan des Jahres 2024 eingestellt. Ich gehe davon aus, dass eine Veranschlagungsreife der Verpflichtungsermächtigungen im Sinne des § 14 Absatz 3 Satz 3 Eigenbetriebsverordnung vorliegt.“

Die für diesen Zweck ab 2025 vorgesehenen Kreditaufnahmen werden im Rahmen einer Konzernbetrachtung bei der Bemessung eines ggf. genehmigungspflichtigen Gesamtbetrags der Kredite für die Hansestadt Lübeck berücksichtigt.“

Wenn die Angabe im Schreiben vom 25. März 2024 weiter zutrifft, könnte – entgegen der Beschlussvorlage – ein Konkurrenzverhältnis zu städtischen Investitionen durchaus gegeben sein.

Diese offene Frage ist von erheblicher Bedeutung und bedarf daher der Aufklärung.“

Der Ausschuss beschließt mit 8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung den neu eingereichten gemeinschaftlichen Antrag.

Frau Akyurt beantragt, die Vorlage zur VO 14031 ohne Votum zur Kenntnis zu nehmen.

Im Anschluss lässt der Vorsitzende darüber abstimmen, die Vorlage VO 14031 ohne Votum zur Kenntnis zu nehmen.

Der Ausschuss beschließt mit 7 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung den Antrag ohne Votum zur Kenntnis zu nehmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft nimmt die Fortschreibung der Konzeption 2030 der städtischen Senior:Innen-Einrichtungen (SIE) und das damit verbundene Gesamtfinanzierungskonzept (Anlage Bericht nebst Anlagen) zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	X

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 6.1 BM Tim Stüttgen: Änderungsantrag zu - AT: Abriss-Moratorium
Vorlage: 2024/13741-01-03**

Hier erfolgt eine gemeinsame Beratung mit TOP 6.1.1

Herr Stüttgen erklärt, für evtl. Fragen der Ausschussmitglieder zur Verfügung zu stehen. Der Ausschuss hat keinen Beratungsbedarf.

Der Vorsitzende lässt über die Antrag unter TOP 6.1 und 6.1.1 nacheinander abstimmen.

Beschluss:

Der Bürgermeister und die Verwaltung der Hansestadt Lübeck setzen sich insbesondere bei Haltern großer Wohnungsbestände (Genossenschaften, private und kommunale Wohnungsunternehmen) dafür ein, dass der Neubau von Wohnungen in den nächsten Jahren in der Regel als Zusatz-Neubau und nur in begründeten Ausnahmefällen als Ersatz-Neubau stattfindet.

Die Lenkungsmöglichkeiten der Kommune sind zu nutzen.

Sofern dazu zusätzliche Flächen benötigt werden, da solche durch den Wegfall von vorherigen Abriss nicht mehr zur Verfügung stehen, so sind diese seitens der Verwaltung falls nötig zu identifizieren und zu benennen.

Wenn es bis dahin keine besseren Lösungen gibt, dann kann auch der Abriss von Altbeständen vollzogen werden, sobald sich die Lage am Wohnungsmarkt wieder hinreichend entspannt hat.

Die Situation am Wohnungsmarkt ist weiter zu beobachten und der Politik zu berichten in Bezug auf

- ⑩ die Entwicklung von Angebot und Nachfrage,
- ⑩ die Entwicklung und Planung von Abriss, Ersatz- und Zusatz-Neubau,
- ⑩ die Entwicklung der Kosten für Material und Personal,
- ⑩ Möglichkeiten der Förderung,
- ⑩ wesentliche Veränderungen bei der Finanzierung,
- ⑩ bessere und günstigere Möglichkeiten, Altbestände zu sanieren
- ⑩ usw.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	0
	Nein-Stimmen	11
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich der Bürgerschaft, den Antrag abzulehnen.

**zu 6.2 BM Tim Stüttgen (Unabhängige Volt-PARTEI) AT: Abriss-Moratorium
Vorlage: VO/2024/13741-01**

Siehe hierzu Top 6.1

Beschluss:

Der Bürgermeister wird als Gesellschafter der städtischen Grundstücks-Gesellschaft Trave aufgefordert, den im Wirtschaftsplan bis 2028 vorgesehenen Abriss von 206 Wohnungen zu widersprechen und die geplanten Wohnungen zusätzlich zu bauen.

Darüber hinaus wird der Bürgermeister aufgefordert, sich insbesondere bei Haltern großer Wohnungsbestände (Genossenschaften, private Wohnungsunternehmen) dafür einzusetzen, dass der Neubau von Wohnungen in den nächsten Jahren in der Regel als Zubau und nur in begründeten Ausnahmefällen als Ersatzneubau stattfindet.

Die Lenkungsmöglichkeiten der Kommune sind zu nutzen.

Sofern dazu zusätzliche Flächen benötigt werden, da solche durch den Wegfall von vorherigen Abriss nicht mehr zur Verfügung stehen, so sind diese seitens der Verwaltung, falls nötig zu identifizieren und zu benennen.

Wenn es bis dahin keine besseren Lösungen gibt, dann kann der Abriss der Altbestände vollzogen werden, sobald sich die Lage am Wohnungsmarkt wieder hinreichend entspannt hat.

	einstimmige Annahme	
--	---------------------	--

Abstimmungsergebnis	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	0
	Nein-Stimmen	11
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mehrheitlich den Antrag abzulehnen.

zu 6.3	AfD: Umsetzung §5 Asylbewerberleistungsgesetz und §16d Sozialgesetzbuch Vorlage: VO/2025/14116
---------------	---

Frau Akyurt beantragt die Vertagung des Antrags, da kein:e Vertreter:in der Fraktion AfD im Ausschuss anwesend ist und zu dem Antrag nicht vortragen kann. Zudem erfragt sie, ob Herr Saar etwas dazu sagen kann.

Herr Saar kann dazu nichts ausführen.

Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

Der Ausschuss lehnt mit 1 Ja-Stimme, 7 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen die Vertagung ab.

Der Vorsitzende lässt im Anschluss über den Antrag abstimmen, der einstimmig vom Ausschuss abgelehnt wird.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, zeitnah eine Strategie für die Umsetzung von §5 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) und §16d Sozialgesetzbuch (SGB II) zu entwickeln, um Leistungsempfänger bei kommunalen, staatlichen oder gemeinnützigen Trägern einzusetzen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	X
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Soziales empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig den Antrag abzulehnen.

zu 7	Anträge von Ausschussmitgliedern
-------------	---

zu 7.1	Antrag Beirat für Senior:innen - AT Runder Tisch "Alternative Wohnformen für Senior:innen" Vorlage: VO/2025/14143-01
---------------	---

Herr Bergmann begründet den Antrag und bittet um die Zustimmung des Ausschusses.

Herr Saar verlässt die Sitzung um 19:45 Uhr.

Herr Müller-Lornsen erfragt, warum es für den Runden Tisch die Verwaltung braucht und regt an, dass der Beirat dieses in Eigeninitiative umsetzt.

Hierzu sprechen Herr Bergmann, Herr Müller und Frau Siegenbrink, die erfragt, wann die Wohnungsmarktstrategie vorliegen wird.

Frau Senatorin Steinrücke erklärt, dass sie hierzu nichts aussagen kann und stellt dar, dass der Runde Tisch begrüßt würde und dieser Seitens der Verwaltung eingerichtet werden kann.

Weiter sprechen Herr Baasch, Herr Müller-Lornsen, Frau Akyurt und Frau Gröschl-Bahr.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, durch den Bereich Soziale Sicherung einen Runden Tisch zum Thema „Alternative Wohnformen für Senior:innen“ durchzuführen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	11
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss beschließt mehrheitlich gem. des Antrags.

zu 8 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 19:58 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.
Die Sitzung wird um 20:00 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass der TOP 13.1 ver- tagt wurde.

Der Vorsitzende schliesst die Sitzung um 20:27 Uhr.

Lübeck, den 6. Juni 2025

Herr Volker Nehrhoff
Vorsitzende/r

Gitte Timmermann
Protokollführung